

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Die Nürnberger SPD-Fraktion begrüßt die Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Umsetzung des Konjunkturpaketes für Kommunen und Auszubildende.

Wichtig ist, dass die SPD die dringend notwendige Hilfe für die Kommunen durchsetzen konnte. Es wird sichergestellt, dass die Kommunen trotz Krise weiter investieren können. Das entscheidet über die Lebensbedingungen vor Ort, auch in Nürnberg. Die milliardenschwere Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Unterkunft ist dauerhaft und somit eine strukturelle Verbesserung über die Krise hinaus. Mit dem Schutzschirm für Lehrstellen stellt die Bundesregierung 500 Millionen Euro zur Verfügung. Mit den Ausbildungsprämien sollen Anreize gesetzt werden, dass auch in Krisenzeiten ausgebildet wird.

Gleichzeit fordert die SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg mit Blick auf Ausmaß und Geschwindigkeit des Strukturwandels in der Arbeitswelt eine gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner für die Ausbildung neuer Fachkräfte und die Weiterbildung der Beschäftigten über die bestehenden Fördermöglichkeiten hinaus.

Das Arbeit-von-Morgen-Gesetz (Gesetze zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung) soll Unternehmen und vor allem Beschäftigte im Strukturwandel unterstützen und Weiterbildung besser fördern. Viele Berufe werden sich im Zuge von Digitalisierung und ökologischem Umbau in der Industrie, Handwerk, aber auch in der Dienstleistungsbranche stark verändern.

Claudia Arabackyj fordert: „Die Verwaltung soll über die aktuelle Situation der Beruflichen Bildung (Duale Ausbildung, Assistierte Ausbildung, Duale Studiengänge, Berufsschulen, Berufsfachschulen) und die Auswirkungen der Coronakrise auf die Berufliche Bildung berichten. Der Bericht soll in Zusammenarbeit mit der IHK, HWK und der Agentur für Arbeit in Nürnberg unter Berücksichtigung der verschiedenen Branchen erfolgen. Insbesondere ist zeitnah die Situation zum Ausbildungsstart 2020/2021 zu ermitteln, damit kurzfristig Maßnahmen entwickelt werden können.“

Harald Dix schlägt weiter vor: „Die Verwaltung berichtet in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden, Agentur für Arbeit, Kammern und Gewerkschaften über das Arbeit-von-Morgen-Gesetz und zeigt Handlungsmöglichkeiten der Stadt Nürnberg auf. Das Gesetz enthält für die Transformation der Kfz-Zulieferer in Nürnberg dringend benötigte Unterstützung - vom Anspruch auf Förderung eines Berufsabschlusses, Verstetigung der Assistierten Ausbildung über Veränderungen bei der Arbeitssuchendmeldung bis hin zur Weiterentwicklung der Qualifizierungsförderung.“

Arabackyj und Dix betonen, „dass wir schnell zusammen mit allen Akteuren handeln müssen, damit junge Menschen nicht auf der Strecke bleiben.“

Kontakt:
Harald Dix 0163/6323330
Claudia Arabackyj 0170/3242632

Nürnberg, 07. Juli 2020